



Interviews

Datum: 9. November 2023

Luise Amtsberg, B90/ Die Grünen, Menschenrechtsbeauftragte im Gespräch mit Friedbert Meurer

Friedbert Meurer: In Genf begrüße ich nun die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Luise Amtsberg von den Grünen, die uns jetzt zugeschaltet ist. Guten Morgen, Frau Amtsberg!

Luise Amtsberg: Schönen guten Morgen aus Genf.

Meurer: Würden Sie sagen, Deutschland sitzt heute auf der Anklagebank?

Amtsberg: Nein, weil das würde ja voraussetzen, dass wir den Prozess der Staatenüberprüfung in irgendeiner Form als etwas Negatives betrachten. Das ist ausdrücklich nicht der Fall. Die Bundesregierung freut sich zum einen darüber, dass über fast 130 Staaten heute teilnehmen, sich mit der Menschenrechtsbilanz in Deutschland auseinandersetzen. Wir nehmen das total sportlich, denn in einer Demokratie – das wissen wir alle – ist es sehr notwendig, dass man sich kritisch reflektieren lässt durch Zivilgesellschaft, auch durch unsere internationale Gemeinschaft, und ja, nach Wegen der Verbesserung sucht. Das ist in demokratischen Systemen etwas, was wir begrüßen und nicht fürchten.

Meurer: Das letzte Mal hat die Bundesregierung vor fünf Jahren einen solchen Bericht in Genf vorgelegt. Würden Sie sagen oder haben Sie heute die Botschaft an die Mitglieder, wir haben es besser gemacht in den letzten fünf Jahren?

Amtsberg: Ich denke, das werden wir heute hier schon ausdrücken wollen, denn in der Tat ist es so. Wir haben nicht nur ein sehr großes Team der gesamten Bundesregierung heute hier vertreten, das zu einzelnen Fachfragen auch Rede und Antwort stehen wird; wir haben Fortschritte zu vermelden, aber wir werden auch sehr klar auf die Felder eingehen, die möglicherweise noch nicht zu unserer Zufriedenheit gelöst sind. Auch das gehört dazu.

Meurer: Welche sind das?

Amtsberg: Sie haben in Ihrem Einspieler ja auch schon betont, dass es gerade von den anderen Staaten sehr viele Anmerkungen gab zum Thema Antidiskriminierung, zum Thema Armut in Deutschland, insbesondere Kinderarmut, zum Thema Migration und Flucht. Das sind alles Themen, wo wir ganz klar auch als Bundesregierung sagen, hier besteht nach wie vor ein großer Handlungsbedarf, und dem werden wir uns auch stellen. Wir werden aber auch sagen, wo wir Maßnahmen ergriffen haben, und sehr genau zuhören, was die anderen Staaten gegebenenfalls an weiteren Verbesserungen uns empfehlen werden.

Meurer: Jetzt haben Bund und Länder, die Ministerpräsidentenkonferenz gerade erst am Montag in Berlin beschlossen, die Leistungen für Asylsuchende zu verschlechtern. Wenn ich das richtig sehe, versprechen Sie in Ihrem Bericht, die Lebensumstände für schutzsuchende Menschen zu verbessern. Haben Sie heute ein Problem, das zu vermitteln?

Amtsberg: Na ja. Zunächst einmal hat die MPK ja auch beschlossen, dass die Kommunen besser unterstützt werden, besonders im Bereich der Unterbringung. Das ist, glaube ich, sehr, sehr wichtig, deutlichzumachen, dass wir aufgrund auch des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine vor besonderen Herausforderungen stehen und dass der Bund die Kommunen hier stärker unterstützen muss, und das ist auch sehr richtig, weil ohne das wird eine gute Versorgung, vor allen Dingen auch eine menschenrechtsbasierte Versorgung von Geflüchteten nicht gelingen. Deshalb sehe ich das jetzt erst mal als Fortschritt. In der Tat: Bei einigen sozialpolitischen Fragen, glaube ich, sind wir immer noch Antworten schuldig. Aber da ist das Gremium der MPK ein sehr diverses, was die Mehrheitsbeschaffung angeht. Ich glaube nicht, dass wir mit der Diskussion zu Ende sind, und das werde ich auch so benennen, dass wir weiterhin vor großen Herausforderungen stehen.

Meurer: Sie werden in Genf sagen, das mit den Leistungskürzungen, dass Asylbewerber 36 Monate geringeres Bürgergeld, Sozialhilfe bekommen, da arbeiten wir noch dran, das kommt so nicht?

Amtsberg: Na ja, noch mal: Wir haben deutlich gemacht, dass die Kommunen unterstützt werden müssen. Wir haben nicht in allen Fragen eine gemeinsame Lösung finden können, wie ich sie mir vielleicht gewünscht hätte. Das liegt an der Vielfalt in der Ministerpräsidentenkonferenz. Aber ja, das werden wir adressieren, und vermutlich – davon ist auszugehen – wird es auch dazu Empfehlungen und auch Fragen der Staaten geben. Das finde ich erst mal positiv, denn auch das bereichert ja die Debatte in Deutschland und zwingt vielleicht auch noch mal zum Nachdenken.

Meurer: Zum Nachdenken auch über den Plan, dass man über Asylanträge in Drittstaaten entscheiden will, die beispielsweise Ruanda heißen könnten, oder in einem anderen Staat. Wird Ihnen da in Genf ein scharfer Gegenwind entgegenblasen?

Amtsberg: Diese Diskussionen sind ja nicht in Beschlussfassungen geflossen. Sie sind Diskussionen und werden geprüft. Ich habe dazu eine klare Haltung und ich glaube auch, dass wir die im Koalitionsvertrag deutlich festgehalten haben. Dazu kann ich zum jetzigen Zeitpunkt nicht viel mehr sagen, außer dass das meines Erachtens nach mit der Europäischen Menschenrechtskonvention so nicht vereinbar ist. Deshalb: Das Grundrecht auf Asyl in Deutschland gilt weiterhin, allen öffentlich geführten sehr hitzigen und manchmal auch sehr unsachlichen Debatten zum Trotz.

Meurer: Es geht um viele Themen heute, haben wir eben im Beitrag gehört. Die UNO kritisiert beispielsweise auch unsere Polizei. Die würde unverhältnismäßig Gewalt anwenden. Was werden Sie da heute entgegnen? Oder werden Sie sagen, ja, das stimmt leider?

Amtsberg: Auch hier ein differenziertes Bild. Das ganze Thema Racial Profiling ist in der Tat sehr, sehr stark gehighlightet worden von den anderen Staaten. Das müssen wir ernstnehmen. Ich bin sehr froh, dass der Bundestag, glaube ich, heute sogar darüber befasst, eine unabhängige Polizeibeauftragtenstelle zu schaffen. Weil eines ist ja auch ganz klar und das haben wir auch immer gesagt: Eine glaubwürdige Menschenrechtspolitik nach außen können wir nur dann umsetzen, wenn wir auch nach innen kritisch sind und dort auch keine Diskussionen scheuen. Dieses Problem muss adressiert werden durch eine geschützte Stelle, die in der Lage ist, Defizite dort auch aufzunehmen, ohne Angst und Sorge, da in eine falsche Richtung zu gehen, und deshalb ist diese Bundespolizei-Beauftragtenstelle ein wesentlicher Schritt, eine Maßnahme, die wir ergreifen, um auch in unseren eigenen Strukturen kritisch, selbstkritisch zu agieren.

Meurer: Sie selbst werden nicht sagen, Rassismus, den Vorwurf weise ich zurück für die deutsche Polizei?

Amtsberg: Na ja. Ich würde sagen, wenn wir diese Vorwürfe kennen, vor allen Dingen aus der Betroffenenperspektive, dann müssen wir sie ernstnehmen als Staat und als Demokratie, und das wissen wir. Und wir wissen auch durch die Europäische Agentur für Grundrechte, dass Menschen, schwarze Menschen in Deutschland sich überproportional deutlich diskriminiert fühlen, auch im europäischen Vergleich. Das ist ja wohl mindestens eine staatliche

Handlungsaufforderung, sich da nicht wegzuducken oder Probleme einfach wegzudiskutieren, sondern zu sagen, wir stellen uns dem. Und wenn sich rausstellt, es gibt keine Probleme, umso besser, aber wir sollten uns da schon schützen und diese Polizeibeauftragtenstelle wird einen Beitrag dazu leisten.

Meurer: Frau Amtsberg, wenn Sie gleich ab neun Uhr ins UNO-Gebäude in Genf gehen und da sitzen im Menschenrechtsrat als Berichterstatter Katar und ein Vertreter von China ist auch dabei, wie groß sind Ihre Bauchschmerzen?

Amtsberg: Ich habe da gar keine Bauchschmerzen, weil ich habe das eingangs ja schon erwähnt. Wir müssen uns Kritik stellen, erst mal egal woher sie kommt, weil hier geht es heute um Deutschland, um unsere Menschenrechtsbilanz.

Meurer: Wir müssen uns der Kritik aus China stellen?

Amtsberg: Na ja. Wir können ja nun nicht sagen, Menschenrechtsverletzungen in Deutschland oder blinde Flecke sind weniger wichtig. Nur, weil sie kritisiert werden von Staaten, die noch eine schlechtere Bilanz haben. Das ist nicht mein Anspruch an das Menschenrechtssystem, auch nicht mein Anspruch an die Bundesrepublik Deutschland. Insofern nehmen wir das erst mal sportlich auf. Wenn Kritik gerechtfertigt ist, wird sie von uns so beantwortet und auch aufgenommen werden. In der Tat, sagen Sie ja selber, es ist nicht frei von Politik, was hier passiert, aber auch das ist erst mal so hinzunehmen. Der Menschenrechtsrat ist die wichtigste Institution, internationale Institution für Menschenrechtspolitik. Wenn wir uns hier nicht ehrlichstellen, dann wird es keiner tun, und deshalb mahne ich meine Delegation – die brauche ich gar nicht mahnen, die werden das auch so machen – dazu, wirklich in der Sache auf die Dinge, die kritisiert werden, einzugehen und sich da nicht von Gefühlen leiten zu lassen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.